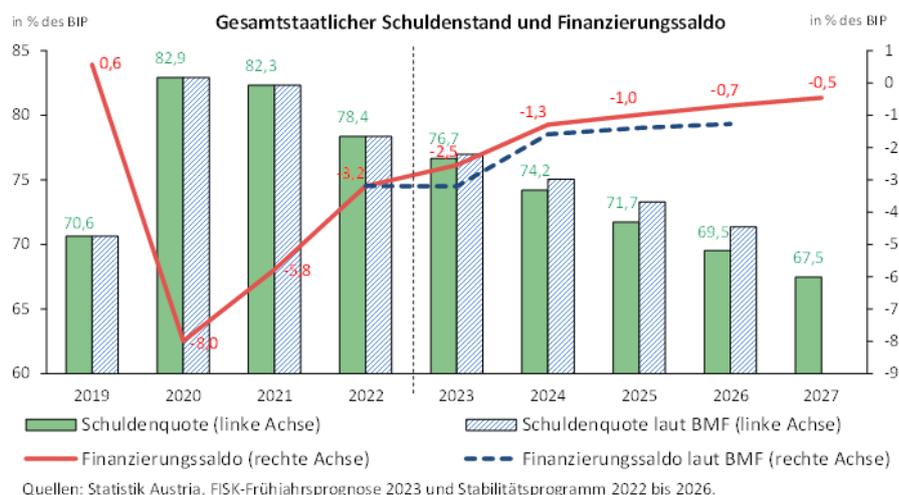


Aktuelle Empfehlungen und Budgetprognose des Fiskalrates

FISKALRAT: AMBITIONIERTE RÜCKFÜHRUNG DER BUDGETDEFIZITE NÖTIG

- Gemäß aktueller Prognose des Fiskalrates nur langsamer Rückgang der Budgetdefizite aufgrund weiterhin hoher Staatsausgaben
- Starker Rückgang der Verschuldungsquote fast ausschließlich inflationsbedingt
- Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur derzeit nicht nötig
- Ambitionierterer Budgetpfad der Regierung und Vorsorge für mögliche zukünftige Krisen, mittelfristige Herausforderungen und notwendige Zukunftsinvestitionen erforderlich
- Neuen Finanzausgleich zur Erhöhung der Kosteneffizienz in der Gesundheitsversorgung nutzen
- Geplante Klimaschutzmaßnahmen zügig umsetzen und ambitioniert erweitern
- Anti-Teuerungsmaßnahmen planmäßig auslaufen lassen und auf hohe Treffsicherheit zukünftiger Unterstützungsleistungen für besonders Betroffene achten



Aus der Sicht des Fiskalrates sind derzeit keine budgetären Mittel zur Stützung der wirtschaftlichen Entwicklung nötig, sodass der Fiskalrat der Bundesregierung „die Umsetzung eines ambitionierteren Budgetpfads empfiehlt“, so Christoph Badelt, Präsident des Fiskalrates. Aus diesem Grund sollten die temporären, krisenbedingten Maßnahmen plangemäß auslaufen und alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen – mit Ausnahme von Zukunftsinvestitionen – im Rahmen der laufenden Budgets gegenfinanziert werden.

Die Wiedererlangung budgetärer Spielräume beziehungsweise die schnelle nachhaltige Rückführung der Staatsschuldenquote ist zur Bekämpfung möglicher zukünftiger Krisen sowie zur Begegnung der zahlreichen wirtschafts-, gesundheits-, klima- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen essenziell. Dazu zählt auch die aktive Bekämpfung der Armut in Österreich.

Die Erhöhung der Kosteneffizienz in der Gesundheitsversorgung im Zuge des neuen Finanzausgleichs ist ein notwendiger Beitrag für die Schaffung dieser Spielräume. Aber auch in anderen Aufgabenbereichen, in denen die staatlichen Ebenen zusammenwirken, sieht der Fiskalrat dringenden Handlungsbedarf. „Die Verschiebung der Finanzausgleichsverhandlungen um zwei Jahre führte zu einem Reformstau, insbesondere bei der Entflechtung der Zuständigkeiten und der Finanzierungsstruktur von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern“, meint Christoph Badelt. So sollte auch demografisch bedingten, laufenden Erhöhungen der staatlichen Ausgaben für Pflege mit Verbesserungen bei der Organisation von Pflegeleistungen sowie mit einem nachhaltigen Finanzierungsmodell begegnet werden. Zudem empfiehlt der Fiskalrat, außertourliche gesetzliche Eingriffe in das Pensionssystem, die die Nachhaltigkeit des Pensionssystems und damit der öffentlichen Finanzen gefährden, zu unterlassen.

Weiters reicht der Umfang der bisher verabschiedeten Klimaschutzmaßnahmen nicht aus, die EU-Emissionsziele Österreichs zu erfüllen, weshalb hohe Kosten für Emissionszertifikatsankäufe bzw. Strafzahlungen zu erwarten sind. Aufgrund des Klimawandels sind weitere budgetäre Kosten und Risiken zu erwarten. Beispielsweise sind die wirtschaftlichen Auswirkungen von Extremwetterereignissen bzw. Investitionskosten, um diese zu vermeiden, zu nennen. Vor diesem Hintergrund müssen bereits geplante Klimaschutzmaßnahmen und die dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen (u. a. Klimaschutzgesetz, Energieeffizienzgesetz, Erneuerbare-Wärme-Gesetz) rasch umgesetzt werden. Die Erfüllung der Klimaziele macht aber auch die Umsetzung eines zusätzlichen, breiten Maßnahmenbündels nötig.

Der erwartete Rückgang der Schuldenquote Österreichs gemäß aktueller Prognose des Fiskalrates auf unter 70% des BIP ab dem Jahr 2026 ist weitgehend auf das hohe nominelle BIP-Wachstum und damit auf die hohe Inflation zurückzuführen. Das bedeutet zugleich, dass diese Unterschreitung der 70%-Marke nur in geringem Maße der Wirtschaftspolitik zuzuschreiben ist. Eine stärkere Rückführung wird durch die laufenden Budgetdefizite verhindert. Der Fiskalrat erwartet einen kontinuierlichen, aber aus konjunktureller Sicht zu langsamen Rückgang des Budgetdefizits, ausgehend von 3,2% des BIP im Jahr 2022 auf 0,5% des BIP im Jahr 2027.

Der österreichische Fiskalrat ist ein unabhängiges Beratungsgremium, das sich aus 15 weisungsfreien Mitgliedern aus dem Bereich des Finanz- und Budgetwesens zusammensetzt und von einem bei der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) angesiedelten Büro unterstützt wird. Geleitet wird der Fiskalrat von Christoph Badelt als Präsident – emeritierter Universitätsprofessor, ehemaliger WIFO-Chef und ehemaliger Rektor der Wirtschaftsuniversität Wien.

Rückfragehinweis:

Mag. Bernhard Grossmann

Büro des Fiskalrates

Tel.: +43-1-40420-7473

Email: office@fiskalrat.at

www.fiskalrat.at